

Amnesty International

Länderkurzbericht Panama 2009

Überblick

Panama genießt gegenwärtig im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern den Ruf politischer und wirtschaftlicher Stabilität. Die Tourismusindustrie wächst, im Vergleich zu den anderen zentralamerikanischen Staaten ist die Kriminalitätsrate gering und das Land ist von den verheerenden Wirbelstürmen der letzten Jahre weitgehend verschont geblieben.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen wird Panama seit dem Sturz des Militärregimes vor zehn Jahren von Menschenrechtsorganisationen oftmals unangemessen stiefmütterlich behandelt. Denn allen positiven Entwicklungen zum Trotz kommt es auch hier immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen. Schlechte Haftbedingungen, Druck auf Medienschaffende und Gewerkschafter, politische Einflussnahme auf das Justizsystem und Korruption sind wiederkehrende Themen im demokratischen Panama, ebenso wie die Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel, Kinderarbeit und die Diskriminierung ethnischer Minderheiten.

Die geplante Trinkwasser-Privatisierung im Zuge neoliberaler Strukturanpassungsprogramme führt in weiten Teilen der Bevölkerung zu Besorgnis und Unruhe. Im Februar 2008 kam bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Gewerkschaften in der Provinz Colón der 28-jährige Gewerkschaftsführer Airomi Smith Rentería ums Leben.

Staatsform – Bevölkerung – Parteien – Wahlen

Die Republik Panama mit ihren 3,3 Mio. Einwohnern ist eine präsidentiale Demokratie. Die ehemalige Provinz Kolumbiens spaltete sich im Jahre 1903 mit Hilfe der USA ab und bildete fortan einen eigenen Staat, dessen Unabhängigkeit durch die US-Kanalzone allerdings während des gesamten 20. Jahrhunderts stark beeinträchtigt war. Der das Land durchquerende Panamakanal verbindet die Karibische See im Norden und den Pazifischen Ozean im Süden. Er zählt bis heute zu den bedeutendsten Schifffahrtsstraßen der Welt.

1977 wurde in den sog. Torrijos-Carter-Verträgen die Neutralität des Kanals vereinbart. Von 1979 bis 1999 war der Kanal selbst unter gemeinsamer US-panamaischer Kontrolle. Bis zur Eröffnung der *Puente de las Américas* im Jahre 1962 war das Land zweigeteilt; 2005 wurde eine zweite Brücke in Betrieb genommen.

Panama grenzt im Westen an Costa Rica und wird heute generell zu Zentralamerika gezählt. Neuwahlen finden alle fünf Jahre statt. Im Mai 2009 löste die Partei *Cambio Democrático* (CD) den seit 2004 regierenden *Partido Revolucionario Democrático* (PRD) ab, die mit rund 680.000 Mitgliedern größte Partei des Landes. *Cambio Democrático* wurde mit fast 60 % der Stimmen gewählt und stützt sich auf eine Allianz von vier Parteien aus dem Mitte-Rechts-Spektrum. Die mit 250.000 Mitgliedern zweitgrößte Partei *Partido Panameñista* gründet auf der Tradition des dreimaligen Staatspräsidenten Arnulfo Arias Madrid. Ihre Anhänger stammen überwiegend aus dem ländlichen Raum.

Die indigenen Volksgruppen Kuna, Ngobë-Buglé und Emberá-Wounaan verwalten ihre fünf autonomen Territorien (*comarcas*) selbst.

Die Streitkräfte wurden 1994 formell abgeschafft. Die nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen finden im Mai 2009 statt.

Währung: 1 Panamaischer Balboa = 1 US Dollar

Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen

Die Wahrheitskommission hat der panamaischen Regierung Berichte über Menschenrechtsverletzungen vorgelegt, die unter der Militärregierung in den Jahren 1968-89 verübt worden sind. Diese sicherte eine individuelle Untersuchung der Fälle zu.

Im Fall der Untersuchung der Gebeine von 16-20 Menschen, die 2004 auf der ehemaligen Gefängnisinsel Coiba gefunden wurden, gab es keinen Fortschritt. Der Wahrheitskommission fehlen nach wie vor

die nötigen finanziellen Mittel, um DNA-Tests durchführen zu können. Der Fundort ist nach wie vor von den Behörden nicht abgesperrt worden.

Aufgrund bürokratischer Verzögerungen gibt es keinen Fortschritt in der Untersuchung des 1971 verschwundenen kolumbianischen Priesters Héctor Gallego.

Haftbedingungen

Häftlinge sind Berichten zufolge immer wieder Misshandlungen und Übergriffen durch das Gefängnispersonal ausgesetzt. Im Oktober 2007 untersuchte das Büro für interne Angelegenheiten der Nationalpolizei (DRPO) 23 Fälle von Misshandlungen von Häftlingen durch das Gefängnispersonal. Beklagt wurden zudem die unzureichende medizinische Versorgung und ein eingeschränkter Zugang zu Trinkwasser, Korruption sowie die Überbelegung der Zellen. Der 2004 angeratenen Schließung des Gefängnisses La Chorrea durch den Ombudsmann für Menschenrechte wurde nicht Folge geleistet, das Gefängnis blieb mit 471 Insassen in Betrieb. Laut einem Bericht des US-Außenministeriums waren die nationalen Gefängnisse, die Raum für knapp 7000 Häftlinge bieten, mit mehr als 11.000 Insassen überbelegt. Aufgrund fehlender Sicherheitsmaßnahmen gelang es am 6. Januar 2007 sechs maskierten Personen, in das Jugendgefängnis „Basilio Lakas“ in Colón einzudringen und die dort einsitzenden Omar Frutos (17) und Elicer Cuevas (15) zu erschießen. Sechs Verdächtige konnten kurz nach der Tat gefasst und in Untersuchungshaft genommen werden.

Der Ombudsmann für Menschenrechte erhielt während des Berichtszeitraum 17 Klagen von Misshandelten gegen Beamte der Nationalpolizei.

Gewerkschaften

Presseberichten zufolge kam im Februar 2008 bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Gewerkschaften in der Provinz Colón der 28-jährige Gewerkschaftsführer Airomi Smith Rentería ums Leben. Im Anschluss daran eskalierten die Proteste im Land, die Polizei reagierte mit unangemessener Gewalt. Die Gewerkschaften verlangen höhere Löhne und einen verbesserten Arbeitsschutz, nachdem in den vergangenen zwei Jahren 50 Arbeiter bei Bauarbeiten ums Leben gekommen sind. Die Kluft zwischen dem vom Bauboom profitierenden Unternehmenssektor und einer verarmten Bevölkerungsschicht, die unter den rasant steigenden Lebenshaltungskosten leidet, wird immer breiter und sorgt zunehmend für Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Pressefreiheit

Wie Reporter ohne Grenzen berichtet, kam es trotz einer weit gehenden Gewährleistung der Presse- und Meinungsfreiheit wiederholt zu Vorwürfen, die panamaische Regierung behindere den freien Informationsfluss. Zudem hieß es, sie kaufe Anzeigenflächen auf, um diese mit loyalen Presseberichten zu füllen und so eine kritische Berichterstattung zu verhindern. Mehrere Gerichtsverfahren gegen Journalisten sind anhängig und wurden von der Organisation Reporter ohne Grenzen sowie dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte als Pressezensur kritisiert.

Frauen

Polizeiangaben zufolge wurden allein zwischen Januar und August 2007 mehr als 2300 Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Medien berichteten zudem über eine steigende Zahl von Frauen, die durch die Hand ihrer Ehemänner ums Leben kommen. Frauenorganisationen werfen der Regierung vor, der wachsenden Gewalt nicht in gebotenerem Maße entgegenzutreten.

Kinder

Polizeiberichten zufolge wurden während des Berichtszeitraums 718 Fälle von Kindesmissbrauch angezeigt, 155 dieser Kinder waren Opfer von Vergewaltigung. Da die meisten Fälle jedoch nicht zur Anzeige gebracht werden, initiierte das Ministerium für Soziale Entwicklung (MIDES) eine Medienkampagne, die Kinder und Familienangehörige dazu aufrief, Misshandlungen zu melden. Kinderarbeit und Menschenhandel stellen in Panama nach wie vor ein Problem dar.

Indigene

Die indigenen Volksgruppen Kuna, Ngobë-Buglé und Emberá-Wounaan verwalten ihre fünf autonomen Territorien (*comarcas*) selbst. Für eine Selbstverwaltung der Territorien der anderen Bevölkerungsgruppen, so der Bri-Bri und Naso, gab es vonseiten der Regierung bislang keinen Ansatz.

Die Internationale Arbeiterorganisation ILO berichtete von einer Ungleichbehandlung indigener und nichtindigener Arbeiter. Hierbei soll vor allem auf den Zucker-, Kaffee- und Bananenplantagen indigenen Arbeitern bis zu 32 % weniger Lohn gezahlt und grundlegende Arbeitsrechte verweigert worden sein.

Shelina Islam

Quellen

Auswärtiges Amt: Länderinformationen. www.auswaertiges-amt.de

Junge Welt, 15.02.2008: „Schüsse in den Rücken“, S. 6. www.jungewelt.de

U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices 2008. www.state.gov

Nizkor, 20.09.2007: “La privatización de las fuentes de agua en Panamá”. www.nizkor.org

Reporter ohne Grenzen, 9.2.2007: “Press freedom threatened by law reform”. www.rsf.org

International Labour Organization (ILO): www.ilo.org

CIA World Fact Book 2008